



INHALT

Wir für Euch!
So gut kann Gewerkschaft sein!

Ziel erreicht: Taser werden flächendeckend eingeführt
DPoIG bei CDU und SPD / Langenberger kritisiert Bund der Steuerzahler
Bezirksverband Rheinpfalz tagt
2. Bundesseniorenkongress
Antragsfristen

DPoIG hat ihr Ziel erreicht **Taser werden flächendeckend eingeführt**



Landesvorsitzender Benno Langenberger (links) 2016 im Einsatz für die Einführung des Tasers

Jahrelang kämpfte die DPoIG gegen erhebliche Widerstände für die Einführung des Tasers (Distanz-Elektroimpulsgeräte / DEIG).

Im Jahr 2016 gelang schließlich der Durchbruch und das Innenministerium ordnete die Durchführung eines einjährigen Pilotversuches bei der Polizeiinspektion Trier an.

Wie von der DPoIG prognostiziert, war der Pilot erfolgreich.

Auch die Forderung der DPoIG nach der landesweiten Einführung des Tasers wird jetzt umgesetzt.

Beginnend mit den Oberzentren werden peu a peu alle Dienststellen mit je zwei Tasern der Firma

Axxon/Taser ausgestattet.

Der DPoIG-Landesvorsitzende Benno Langenberger freut sich: „Damit wird unseren Kolleginnen und Kollegen in Rheinland-Pfalz ein wertvolles Einsatzmittel an die Hand gegeben, das Gewähr dafür bietet, dass die Gefahr von Verletzungen beim Einschreiten gegen körperlich überlegene, bewaffnete oder unter Drogen oder Alkohol stehende Gewalttäter minimiert wird.“

Dem Einsatz der Taser ist eine zweitägige Einweisung durch die Schieß- und Einsatztrainer vorge-schaltet.

DPoIG im Gespräch mit CDU und SPD Langenberger kritisiert Bund der Steuerzahler

Im Gespräch von DPoIG-Vertretern mit der CDU-Landtagsfraktion und einem persönlichen Gespräch zwischen dem DPoIG-Landesvorsitzenden Benno Langenberger und dem polizeipolitischen Sprecher der SPD, Wolfgang Schwarz, wurden neben Haushaltsfragen Probleme bei der Polizei und im Kommunalen Vollzugsdienst thematisiert.



MdL Wolfgang Schwarz (SPD)

Einig war man sich, dass der Entwurf zum Doppelhaushalt 2019/2020 der Landesregierung gute Ansätze bietet, aber in einigen Bereichen noch deutliches Optimierungspotential hat. Schwerpunktmäßig wurden die aus Sicht der DPoIG noch immer zu niedrigen Einstellungszahlen und Beförderungsquoten sowie die Realisierungschance für die Einführung von Regelbeförderungen nach A10 thematisiert.

Benno Langenberger kritisierte, dass der Bund der Steuerzahler mit ihrem Vorsitzenden Rainer Brüderle das von Ministerpräsidentin Malu Dreyer angekündigte Plus von zweimal 2 Prozent auf die kommende Besoldungs- und Versorgungserhöhung verhindern will. **„Das ist ungeheuerlich und einen Schlag ins Gesicht der Beamtinnen und Beamten, die über Jahre große Opfer gebracht haben, um den Landeshaushalt zu sanieren“, fasst es der Landesvorsitzende treffend zusammen und prognostiziert: „Gleichgültig, wie die Besoldungserhöhung insgesamt ausfällt, werden wir keinen Sprung im Besoldungsvergleich machen.“**

Weitere Themen waren unter anderem die reformbedürftigen Zulagen sowie die notwendigen Fahrzeugbeschaffungen.

Im Gespräch mit der CDU konnte der DPoIG-Fachverband kommunaler Vollzugsdienst die Probleme der Kommunalen Vollzugsdienste ausführlich darstellen.

In diesem Zusammenhang kam auch der vergangene Einsatz der Polizei in Kirchheim an der Weinstraße zur Sprache. Dort musste nach den derzeit vorliegenden Erkenntnissen von der Schusswaffe im „Rahmen“ des PsychKG Gebrauch gemacht werden. Leider trugen dennoch die Einsatzkräfte erhebliche Verletzungen davon.



v.l.: MdL Matthias Lammert (Innenpolitischer Sprecher CDU), DPoIG-Chef Benno Langenberger, Gereon Geissler (CDU), MdL Christian Baldauf (Fraktionsvorsitzender CDU) Mario Weyand (DPoIG), Marko Polak (DPoIG)

Hier war man sich einig und dies wurde vom Fachverbandsvorsitzenden **Mario Weyand (DPoIG)** deutlich zum Ausdruck gebracht: **„Wären hier Vollzugsdienstkräfte im Einsatz gewesen, müssten sich nun verantwortliche Politiker wegen fehlender rechtlicher Möglichkeiten zum Führen weiterer Einsatzmittel (Distanzabwehr) rechtfertigen. Es ist nicht auszudenken, wie diese Maßnahme für den kommunalen Vollzugsdienst ausgegangen wäre“.** Zudem gab es in diesem Jahr bereits mehrere solcher Einsätze, welche durch pures Glück glimpflich endeten, führt der Fachverbandsvorsitzende weiter aus.

Matthias Lammert (CDU) versprach, sich hier für den KvD klar zu positionieren und entsprechende Gremien in die Pflicht zu nehmen.

Bezirksverband Rheinpfalz der DPolG tagt



Der Bezirksverband Rheinpfalz der DPolG hat unter Beteiligung des Landesvorsitzenden Benno Langenberger in Limburgerhof getagt. Die Bezirksvorsitzende Noriko Nagy lud die Teilnehmer zu sich ein und bei einem gemeinsamen Abendessen wurden aktuelle Gewerkschaftsthemen besprochen. Hierunter fallen unter anderem Mitgliederwerbung / -betreuung, Nachwuchswerbung, Gesünderes Arbeiten in der Polizei (GAP) und die Entwicklung und Ziele des Bezirksverbands. Das dreistündige Treffen verging wie im Flug und die Teilnehmer waren sich einig, dass man gemeinsam auch in Zukunft ein starker Partner für die Mitglieder sein will und kann, wenn man zusammen an einem Strang zieht. So wurden erste Planungen für künftige Veranstaltungen im Bezirksverband Rheinpfalz getroffen, denn der stetige Austausch mit unseren Mitgliedern ist uns ein besonderes Anliegen und soll gleichzeitig ein wenig Ablenkung vom Alltagsstress bringen. Nach abschließenden strukturellen Planungen im Bezirksverband und einem kleinen Ausblick auf den Landesdelegiertentag 2019 machten sich die Teilnehmer gesättigt und zufrieden auf den Heimweg. Wir danken unserer Vorsitzenden Noriko für die tolle Organisation und das leckere Essen und freuen uns auf die nächsten Treffen.

2. dbb Bundesseniorenkongress Berlin

Vom 29. - 30. Oktober fand der 2. Bundesseniorenkongress des dbb in Berlin statt. Die DPolG Rheinland-Pfalz wurde durch ihren Seniorenvertreter im Landesvorstand, Wolfgang Faber, vertreten.

Im Jahre 2013 wurde die dbb-Bundesseniorenvertretung gegründet. Zum Vorsitzenden wurde der



frühere DPolG Bundesvorsitzende Wolfgang Speck gewählt. Wolfgang Speck hat mit seinem Vorstandsteam in den vergangenen fünf Jahren ein enormes Arbeitspensum abgeliefert und die dbb-Bundesseniorenvertretung sowohl innerhalb der dbb-familie, aber vor allem auch in der Politik zu einem hochgeachteten Interessenvertreter der dbb-Senioren entwickelt.

Nach einem langen Leben für die Gewerkschaft ist Wolfgang Speck nicht mehr zu einer zweiten Amtszeit angetreten und will endlich seinen Ruhestand

genießen. Als Dank für seinen unermüdlichen Einsatz wurde Wolfgang Speck einstimmig zum Ehrenvorsitzenden der dbb-Seniorenvertretung gewählt.

Im Rahmen des Kongresses wurden 147 Anträge beraten und dem neuen Vorstand ein breites Aufgabenfeld übertragen. U.a. geht es dabei um Versorgung, Rente, Beihilfe, Pflege, altersgerechte Gestaltung des Wohnumfeldes, Altersdiskriminierung und viele andere Themen.

Weitere Informationen erfolgen im Polizeispiegel, in der Zeitschrift AIR und sind auf den Internetseiten von dbb und DPoIG nachzulesen.

Man sieht, es lohnt sich auch als Pensionär einer engagierten DPoIG anzugehören.

Das Bild zeigt die DPoIG Vertreter beim Bundesseniorenkongress mit dem Ehrenvorsitzenden Wolfgang Speck.

Antragsfristen

Elternzeit und Teilzeitbeschäftigung in Elternzeit bis zum vollendeten 3. Lebensjahr des Kindes:

- spätestens 7 Wochen vor Beginn

Elternzeit und Teilzeitbeschäftigung in Elternzeit zwischen dem 3. Geburtstag und dem vollendeten 8. Lebensjahr des Kindes:

- spätestens 13 Wochen vor Beginn

Teilzeitbeschäftigung:

- spätestens 3 Monate vor Beginn

DPoIG: **DIE** Polizeigewerkschaft.

Hol Dir die DPoIG/JUNGE POLIZEI - Smartphone-App!



Impressum

Deutsche Polizeigewerkschaft Rheinland Pfalz im DBB (DPoIG), Adam-Karrillon-Straße 62, 55118 Mainz, Telefon 06131-234488, post@dpolg-rlp.de, www.dpolg-rlp.de
V.i.S.d.P.: Landesgeschäftsführer Wolfgang Faber